

USA | 31.10.2016 | Lesezeit 4 Min.

Zwei Kandidaten, viele Fragezeichen

Zwar wächst die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten, doch seit der Weltwirtschaftskrise 2009 erholt sich die amerikanische Konjunktur nur schleppend. Die anstehenden Präsidentschaftswahlen machen die Lage nicht besser, denn weder Donald Trump noch Hillary Clinton können ein schlüssiges Konzept vorweisen, wie sie der US-Wirtschaft zu mehr Schwung verhelfen wollen.

In wenigen Tagen wählt Amerika einen neuen Präsidenten. Ob der Multimilliardär Donald Trump oder die ehemalige First Lady und Außenministerin Hillary Clinton zum Lenker der größten Volkswirtschaft der Welt wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt reine Spekulation. Aktuelle Umfragen zufolge führt zwar Clinton mit komfortablem Vorsprung, doch im Land der unbegrenzten Möglichkeiten kann der Trend jederzeit kippen.

Innenpolitische Spannungen und eine schwächelnde Wirtschaft sind die gravierenden Probleme Amerikas.

Eine Sache ist aber schon klar - wer auch immer ins Weiße Haus einzieht, wird mit gravierenden Problemen zu kämpfen haben. Die zunehmenden innenpolitischen Spannungen gehören dazu, aber auch eine schwächelnde Wirtschaft, die nach wie vor im Krisenmodus läuft und kein gesundes Wachstum zu erzielen vermag. Von einer Rückkehr zu alter Stärke ganz zu schweigen.

Das Expansionstempo der US-Wirtschaft hat sich verlangsamt

So hat sich nach einem vergleichsweise guten Start ins Jahr 2015 das Expansionstempo der US-Wirtschaft zum Jahreswechsel erheblich verlangsamt - eine Tendenz, die sich auch im Jahr 2016 fortsetzt:

Das reale Bruttoinlandsprodukt übertraf im zweiten Quartal 2016 den Vorjahreswert um gerade mal 1,3 Prozent - das war das niedrigste Wirtschaftswachstum seit drei Jahren.

Zwar sorgt die konsumfreudige Bevölkerung - der private Konsum macht etwa 70 Prozent der US-Wirtschaftsleistung aus - nach wie vor für wichtige Wachstumsimpulse. Doch das reicht nicht, um die Unsicherheiten im Unternehmenssektor zu beseitigen und ein gutes Investitionsklima zu erzeugen. Insbesondere im Vorfeld der Präsidentschaftswahl haben sich viele Firmen mit Investitionen zurückgehalten.

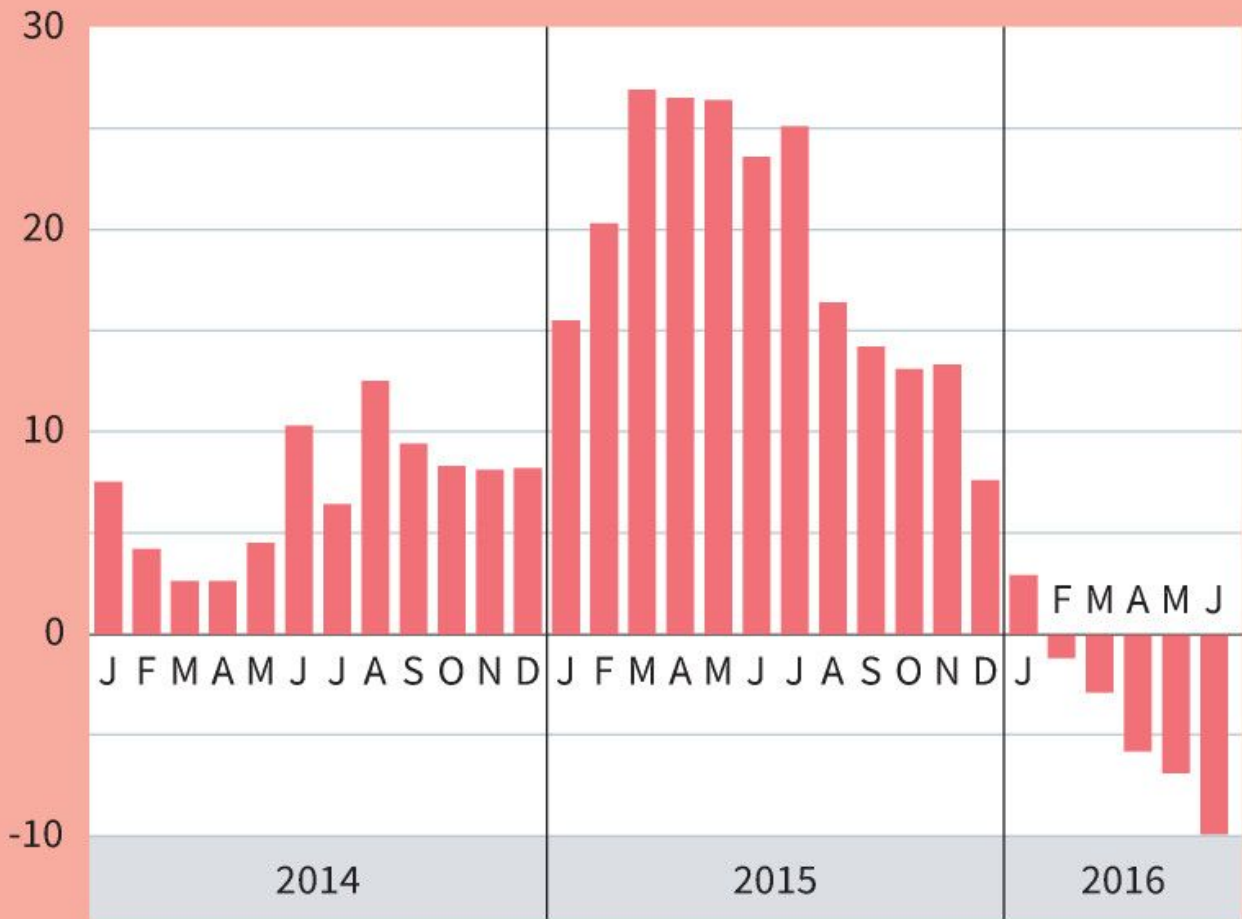
Auch die Exportwirtschaft kommt nicht in Schwung

Auch die amerikanische Exportwirtschaft kommt nicht in Schwung, denn der stagnierende Welthandel und der starke Dollar lassen kaum Spielraum für Expansion. Dies vergrößert das ohnehin beachtliche Außenhandelsdefizit noch weiter (Grafik):

Im Jahr 2015 belief sich das US-Leistungsbilanzdefizit auf 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.


USA: Auf und Ab der deutschen Exporte

Veränderung der deutschen Warenausfuhren in die USA gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent



Warenausfuhren: jeweils gleitende Dreimonatsdurchschnitte

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Der Importüberhang ist längst Wahlkampfthema. Die Lösung des Republikaners

Trump lautet: Abschottung und Protektionismus. Der Unternehmer will im Falle seines Wahlsiegs bestehende Handelsverträge wie den mit Mexiko und Kanada neu verhandeln. Aus seiner Sicht ließen sich damit gleich mehrere Probleme lösen: Zum einen könnten einseitige Steuerbelastungen aus dem Weg geräumt werden – zum Beispiel die für US-Exporteure fällige Mehrwertsteuer an der mexikanischen Grenze. Zum anderen verbreitet Trump die These, dass durch Freihandelsabkommen Jobs von den USA in andere Länder abgewandert seien.

Freihandelsabkommen sind beiden Kandidaten suspekt

Beide Phänomene sind jedoch keine Folge von Freihandelsabkommen. Dass in den USA in den vergangenen Jahrzehnten vor allem in der Industrie viele Arbeitsplätze verloren gegangen sind, hat mit dem Strukturwandel zu tun. Die Unternehmen in den Vereinigten Staaten haben sich zunehmend auf Dienstleistungen spezialisiert, das Verarbeitende Gewerbe trägt nicht einmal mehr 12 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. Zum Vergleich: In Deutschland ist der Anteil mit rund 22 Prozent fast doppelt so hoch.

Der Wandel auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt fand zudem größtenteils zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1990er Jahre statt – das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA zwischen Mexiko, den USA und Kanada trat aber erst 1994 in Kraft.

Auch das mexikanische Mehrwertsteuerproblem lässt sich durch ein aufgekündigtes Freihandelsabkommen nicht beheben.

Amerikas Staatsverschuldung ist höher als seine jährliche Wirtschaftsleistung

Das Programm des republikanischen Kandidaten wirft aber nicht nur in puncto Handelspolitik Fragen auf. Unklar ist beispielsweise auch, wie Trump die Steuervergünstigungen von rund 10 Milliarden Dollar finanzieren will, die er der amerikanischen Wirtschaft in Aussicht stellt. Der Saldo des Staatshaushalts ist seit Jahrzehnten negativ, die Staatsverschuldung ist höher als die gesamte jährliche Wirtschaftsleistung Amerikas.

Einen etwas anderen Kurs dürfte Hillary Clinton einschlagen, falls sie Amerikas erste Präsidentin wird. Zwar ist auch Clinton zuletzt in die Antiglobalisierungsdebatte

eingestiegen, doch aller Voraussicht nach wird sie – anders als Trump – weiter mit der EU über TTIP verhandeln. Auch dürfte sie die letzten nötigen Schritte hin zur Transpazifischen Partnerschaft (TPP) mit elf Handelspartnern aus dem asiatisch-pazifischen Raum vollziehen.

Weder Trump noch Clinton haben ein innovationsfreundliches Wirtschaftskonzept



















Darüber hinaus verspricht auch die demokratische Kandidatin neue Jobs – ohne jedoch zu erklären, wie diese entstehen sollen. Clinton fehlt wie Trump ein Konzept, wie die Innovationskraft Amerikas wiederbelebt werden könnte.

Clinton oder Trump? Die Antwort ist auch für die deutsche Wirtschaft relevant, denn der Wahlsieger entscheidet mit darüber, wie sich das Exportgeschäft zwischen beiden Ländern entwickeln wird. Auch wenn die deutschen Wareneinfuhren in die USA im Jahr 2015 um fast ein Fünftel zugelegt haben – ein Selbstläufer sind sie deshalb noch lange nicht (Grafik):


In den ersten sieben Monaten dieses Jahres lagen die deutschen Ausfuhren in die USA um rund 6 Prozent unterhalb denen des Vorjahreszeitraums.

USA und Deutschland in Zahlen

im Jahr 2015

	USA	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt (BIP) Reale Veränderung gegen- über 2014 in Prozent	2,6 	1,5 
BIP in Milliarden Dollar	18.037 	3.365 
BIP je Einwohner in Dollar, kaufkraftbereinigt	56.084 	46.974 
Gesamtwirtschaftliche Ersparnis in Prozent des BIP	19,1 	27,7 
Verbraucherpreise Veränderung gegenüber 2014 in Prozent	0,1	0,1
Arbeitslosenquote in Prozent	5,3 	4,6 
Bevölkerung in Millionen	321,6 	82,2 
Haushaltssaldo in Prozent des BIP	-3,5 	0,7 
Schuldenstand in Prozent des BIP	105,2 	71,0 
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	-2,6 	8,4 

Quelle: Internationaler Währungsfonds
© 2016 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Kernaussagen in Kürze:

- Weder Donald Trump noch Hillary Clinton können ein schlüssiges Konzept für die amerikanische Wirtschaftspolitik vorweisen.
- Das amerikanische Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2016 war das niedrigste seit drei Jahren.
- Beide US-Präsidentschaftskandidaten versprechen neue Jobs - ohne zu erklären, wie und wo diese entstehen sollen.